

Antrag

des Abg. Dr. Fulst-Blei u. a. SPD

Lage des Einzelhandels und Zukunft „Handel2030“

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

zu berichten,

1. wie sich der Umsatz des Einzelhandels in Baden-Württemberg in den Jahren 2016 bis 2025 entwickelt hat (aufgeschlüsselt nach Jahren und getrennt nach Food- und Non-Food-Bereich);
2. wie sich die Umsatzentwicklung des baden-württembergischen Einzelhandels im selben Zeitraum im Vergleich zum Bundesdurchschnitt darstellt;
3. wie sich die Zahl der im Einzelhandel tätigen Personen in Baden-Württemberg in den Jahren 2016 bis 2025 entwickelt hat;
4. wie sich die Zahl der Auszubildenden im Handel im genannten Zeitraum entwickelt hat (aufgeschlüsselt nach Ausbildungsberufen);
5. wie viele Insolvenzen und Gewerbeabmeldungen im Einzelhandel in den Jahren 2016-2025 jeweils zu verzeichnen waren;
6. welche Erkenntnisse ihr zur Entwicklung von Ladenleerständen in den Innenstädten und Ortszentren des Landes vorliegen;
7. welche Schwerpunktthemen die Landesregierung seit Einführung des Programms „Handel2030“ gesetzt hat unter Darstellung, wann es zu inhaltlichen Anpassungen in den Programmlinien gekommen ist;
8. welche Mittel seit Einführung des Programms in den jeweiligen Haushaltsjahren für „Handel 2030“ und die daraus hervorgegangenen Fördermaßnahmen – insbesondere „Innenstadtberater“, „Intensivberatung Zukunft Handel 2030“ sowie weitere Programmlinien – veranschlagt waren unter Darstellung des jeweiligen Mittelabflusses;
9. mit welchen Ansätzen sie für die Folgejahre plant;
10. wie viele Einzelhandelsunternehmen, Kommunen und Regionen durch die Maßnahmen des Programms bislang erreicht wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Maßnahme, Jahr und Regierungsbezirk sowie unter Angabe der durchschnittlichen Fördersumme je Fall);
11. ob und in welcher Form das Programm „Handel 2030“ und seine Einzelmaßnahmen evaluiert wurden (unter Darstellung der zugrunde gelegten Wirkungsindikatoren);
12. wie sie vor dem Hintergrund der vorgenommenen Evaluation den Anpassungs- bzw. Erweiterungsbedarf der Programme bewertet;

13. welche Schlussfolgerungen die Landesregierung darüber hinaus für die Einzelhandels- und Innenstadtpolitik des Landes in dieser Legislaturperiode zieht.

17.9.2026

Dr. Fulst-Blei, Binder, Dr. Kliche-Behnke, Dr. Weirauch, Sigg SPD

Begründung

Der Einzelhandel als beschäftigungsintensive Branche in Baden-Württemberg steht vor verschiedenen Herausforderungen durch Lieferdienste, Digitalisierung und steigende Mietkosten bei gleichzeitiger Kaufzurückhaltung. Der Antrag soll die Entwicklung der vergangenen Jahre nachvollziehbar machen und zur Evaluation bestehender Unterstützungsprogramme der Landesregierung beitragen.